



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 18. Oktober 2007.

Zu Beginn der Sitzung erhielt der Beigeordnete Leonhardt, der seit 12 Jahren im Amt ist, den Ehrenring der Stadt Düsseldorf. Im Rahmen der Anerkennung der Tagesordnung beantragte Günter Wurm für die SPD, die Sachdarstellung des im nicht öffentlichen Teil enthaltenden Grundstücksgeschäfts, über das in den Tageszeitungen schon ausführlich berichtet wurde, im öffentlichen Teil zu behandeln, damit insbesondere der FDP die Gelegenheit gegeben wird, die besondere Dringlichkeit des am 11.10. gemeinsam von ihrer Vertreterin und dem Oberbürgermeister getroffenen Beschlusses gegenüber der Öffentlichkeit zu begründen. Dieser Antrag wurde von CDU, FDP, Lemmer abgelehnt. Einen Antrag von BÜ 90, einen Tagesordnungspunkt „Bürgerbegehren Rettet den Golzheimer Friedhof“ aufzunehmen, lehnten CDU, FDP, Reichert, Krüger (Enthaltung Lemmer) ab. Auch Anträge der linken Liste, den Ratsmitgliedern umgehend Einsicht in den Kaufvertrag zu gewähren und Dringlichkeitsbeschlüsse den Ratsmitgliedern umgehend zuzustellen, fanden keine Mehrheit.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage von CDU/FDP erläuterte die Verwaltung, dass seit 1.8.2006 von 23 beendeten Förderfällen beim Kombilohnmodell 9 Personen in eine ungeforderte Beschäftigung beim gleichen Arbeitgeber übernommen wurden. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsgelegenheiten wurden für 350 Teilnehmer geschaffen, von denen 117 in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden. Im Rahmen der 120 Stellen im Projekt „Servicehelfer im ÖPNV“ konnten sowohl in 2006 als auch bis 30.6. 2007 38 % der Teilnehmer und Teilnehmerinnen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Reichert führte die Verwaltung aus, dass im Rahmen des KÖ-Bogens kein Sozialplan für Alte und Familien erforderlich ist. Vorhandene Oasen der Ruhe und Treffs für Jung und Alt werden fortgeführt durch eine geplante Verbindung von der Königsallee zum Hofgarten.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Reichert erläuterte die Verwaltung, dass nach Auffassung des Polizeipräsidenten die Voraussetzungen für eine Videoüberwachung in der Altstadt über die am Bolker Stern vorhandene hinaus nicht gegeben sind. Die Einhaltung des Jugendschutzes insbesondere im Hinblick auf den Verkauf von Alkohol wird durch das Jugendschutzteam des Ordnungs- und Servicedienstes (OSD) kontrolliert. Nach Verlagerung der Polizeiwache von der Mühlenstraße zur Heinrich-Heine-Allee vor rd. 10 Jahren war der Polizei angeboten worden, eine gemeinsame

Anlaufstelle mit dem OSD am Burgplatz einzurichten. Dieses Angebot wurde nicht in Anspruch genommen. Die Einrichtung eines ErsteHilfe-Dienstes wird nicht in Erwägung gezogen.

Anträge der Fraktionen

Bei Enthaltung von CDU und FDP beschloss der Rat einen Antrag von SPD und BÜ 90, durch den das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) abgelehnt wird und alle Düsseldorfer Landtagsabgeordneten aufgefordert werden, dem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.

Personalien

Für die Wahl zum/zur Beigeordneten für Umwelt schlug BÜ 90 Helga Stulgies und die CDU Dr. Werner Görtz vor. Auf Frau Stulgies entfielen 44 Stimmen, auf Herrn Dr. Görtz 39 Stimmen.

Der Rat wählte

- in den Kreispolizeibeirat Günter Karen-Jungen (BÜ 90) anstelle von Antonia Frey (einstimmig);
- Klaus-Dieter Lukaszewski (CDU) zum stellvertretenden Mitglied des Aufsichtsrats der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH anstelle von Eva-Maria Kaufmann (einstimmig),
- Herrn Walter Kapp als ordentliches sowie Herrn Günter Heymanns als stellvertretendes Mitglied in den Beirat der unteren Landschaftsbehörde (einstimmig);
- Herrn Dipl. Ing. Joachim Schmeck zum ordentlichen und Herrn Dr. Matthias Wetterau zum stellvertretenden Mitglied des Umlegungsausschusses (einstimmig)

und besetzte einige Ausschüsse einstimmig neu. Für die SPD wichtig:

- im Umweltausschuss Damir Modzel (SPD) anstelle von Andrea Pieper sowie Oliver Demmert (SPD) als ersten Vertreter anstelle von Damir Modzel;
- im Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung Bernd Heinrichs (SPD) anstelle von Marco Tkotz;
- im Kulturausschuss als 2. Vertreter Claus Möller anstelle von Andrea Pieper;
- im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung Markus Raub als 1. Stellvertreter anstelle von Andrea Pieper,
- im Schulausschuss Silke Holz als 1. Stellvertreterin anstelle von Andrea Pieper.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stimmte bei Enthaltung der linken Liste dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über hoheitliche Aufgaben zwischen Düsseldorf und den Kreisen Mettmann und Kleve zu. Künftig werden jährlich 1200 Proben im Bereich der Chemischen und Lebensmitteluntersuchung aus dem Kreis Kleve in Düsseldorf und Mettmann untersucht.

Der Rat beschloss gegen linke Liste eine Satzung über die Änderung der Merkmale der endgültigen Herstellung für einzelne Erschließungsanlagen. Betroffen sind die Ernst-Gnoß-Straße sowie Bereiche der Grafenberger Allee, Einbrunger Straße und Bergischen Landstraße.

Der Rat beschloss einstimmig Richtlinien für die Förderung von Wohnraumanpassungen und Umzügen. Um älteren und/oder behinderten Menschen eine möglichst lang andauernde selbständige Lebensführung in der eigenen Wohnung zu ermöglichen werden Zuschüsse zu individuellen Anpassungsmaßnahmen und Umzügen gewährt.

Im Rahmen der Beschlusskontrolle des Rates erläuterte die Verwaltung hinsichtlich der Zentralen Ausländerbehörde, dass der Innenminister NRW auch in Kenntnis

des Ratsbeschlusses vom 17.9.2007 die Schließung zum 31.12.2007 durchführen und die Erstaufnahme für Flüchtlinge auf die Stadt Dortmund verlagern wird. Bezüglich der beschlossenen Einrichtung eines Beirats der künftigen Sana Kliniken teilte die Verwaltung mit, dass sich die Sana damit einverstanden erklärt hat und eine Wahl der Beiratsmitglieder in der Gesellschafterversammlung am 21.11. erfolgen wird.

Einstimmig beschloss der Rat vorbehaltlich der Genehmigung der schulorganisatorischen Maßnahmen durch die Bezirksregierung die Fortführung des Programms „erweiterte Ganztags Hauptschule“ ohne Zuweisung von Bundesmitteln. Vorgesehen sind Ganztagskonzepte an der Kath. Hauptschule Itterstraße, der Gemeinschaftshauptschule Benrath, Melanchthonstraße und der Kartause-Hain-Schule, Borbecker Straße, wobei die Investitionskosten bei insgesamt rd.8 Mio Euro liegen werden.

Investitionen

Der Rat beschloss durch einen interfraktionellen Änderungsantrag bei Enthaltung einer SPD-Stimme gegen linke Liste, dem Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See für die Modernisierung des Strandbads Süd bis zu 3 Mio Euro außerplanmäßig in 2007 bereitzustellen. Für die weitere Ausarbeitung des Projektes „Attraktivitätssteigerung Unterbacher See“ soll die Verwaltung eine konkrete Planung entwickeln und dann den Bürgern in einer Informationsveranstaltung vorstellen. Hierfür sollen im Haushaltsjahr 2008 2 Mio Euro bereitgestellt werden, die durch den Sportausschuss freigegeben werden sollen.

Baurecht

Der Rat beschloss

- den Rahmenplan Einzelhandel. Durch den Rahmenplan soll die oberzentrale Funktion Düsseldorfs als Mode-, Handels- und Einkaufsstadt gestärkt werden und die funktionale Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Zentrenstufen in den Stadtteilen und an Versorgungsschwerpunkten erhalten und weiterentwickelt werden. Die wohnungsnah Grundversorgung soll auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gesichert werden. Die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe wird regional abgestimmt (Enthaltung linke Liste);
- die Flächennutzungsplanänderung „Werdener Straße/Mindener Straße“ (Oberbilk). Auf dem 30 ha großen Gelände der ehemaligen Vereinigten Kesselwerke und des Güterbahnhofes Lierenfeld entstehen Neubauten für das Amts- und Landgericht sowie ein Wohngebiet. Südlich der Güterstrecke wird eine Trasse für die Ortsumgehung Oberbilk eingeplant. Auf der Fläche des ehemaligen Güterbahnhofes soll ein Quartier für das Wohnen im Alter entstehen. Weiterhin sind Flächen für eine Kindertagesstätte und einen öffentlichen Spielplatz vorgesehen (gegen linke Liste);
- die Flächennutzungsplanänderung „Gartenstadt Reitzenstein“ (Mörsenbroich). Auf dem 23 ha großen Kasernengelände soll ein Wohngebiet mit überwiegend Einfamilienhäusern nebst Kindertagesstätte und Spielplatz entstehen. Entlang der Lenastraße ist Geschosswohnungsbau geplant, wobei hier auch nicht störende Gewerbebetriebe zugelassen werden. Ein Nahversorger soll angesiedelt werden. Die vorhandene Sporthalle bleibt erhalten (gegen linke Liste);
- den Bebauungsplan „nördlich Briedestraße“ (Reisholz). Durch ein vereinfachtes Verfahren wird in dem Gewerbegebiet die Ansiedlung von Einzelhandel, Spielhallen und Vergnügungsstätten ausgeschlossen, wobei vorhandene Betriebe Bestandsschutz haben (einstimmig);

- dem Bebauungsplan „Gewerbegebiet südwestlich Harffstraße“ (Wersten). Der Bebauungsplan soll die Ansiedlung von kleinen und mittleren Betrieben des produzierenden Gewerbes sowie von Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben langfristig sichern. Deshalb ist Einzelhandel nur in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Betrieben auf max. 100 qm Verkaufsfläche möglich. Auf die Belange der benachbarten Wohngebiete wird durch eingeschränkte Nutzungen in Teilbereichen Rücksicht genommen. Die vorhandenen Einzelhandelsbetriebe haben Bestandsschutz (gegen linke Liste);

Der Rat hob den im Dezember 2005 gefassten Satzungsbeschluss für das Gebiet des ehemaligen Mannesmann-Parkplatzes Rather Kreuzweg/ Marler Straße (Rath) wegen eines Gerichtsverfahrens auf, fasste einen neuen Aufstellungsbeschluss mit dem Ziel, Gewerbegebiete auszuweisen und Einzelhandel auszuschließen, erließ eine Veränderungssperre und genehmigte die diesbezüglich getroffenen Dringlichkeitsbeschlüsse (einstimmig).

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de